
FORUM: Sozialismus-Debatte

Bernd Faulenbach:

Zur Position der demokratischen Linken angesichts des Zusammenbruchs des Kommunismus

Dr. Bernd Faulenbach, geb. in Pyritz, Studium der Geschichte, Politik und Germanistik in Bonn und Bochum, ist seit 1981 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung in Recklinghausen. Er ist Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD.

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Linke in der Bundesrepublik ziemlich unvorbereitet getroffen. Gewiß teilt sie dies mit der gesamten bundesdeutschen Gesellschaft. Gleichwohl gibt es für sie Anlaß, ihr Verhältnis zum sogenannten „realen Sozialismus“ zu reflektieren und daraus Schlußfolgerungen im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft zu ziehen, auch wenn mancherorts die Neigung offensichtlich ist, so zu tun, als ob nichts geschehen wäre. Dies mag für kleine sektiererische Gruppen angehen. Für die demokratische Linke und die ihr nahestehende Publizistik ist dies unmöglich. Nicht zu Unrecht hat Peter Schneider unter dem Titel „Man kann sogar ein Erdbeben verpassen“ für eine Vergangenheitsbewältigung der Linken plädiert¹, auf die sich die folgenden Anmerkungen beziehen.

I.

Ein Kernproblem der Linken der Bundesrepublik ist, daß eine intensivere intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Mittelost- und Osteuropa in den letzten Jahrzehnten - von kleineren Gruppen abgesehen - nicht mehr geleistet wurde. Das Verhältnis zu diesen Staaten und ihren herrschenden Parteien war weitgehend ein außenpolitisches.

Osteuropa, die Sowjetunion, auch die DDR waren für beträchtliche Teile der Linken in der Bundesrepublik eine „terra incognita“. Man hatte allenfalls ein geringes Interesse für diese Länder und die Realität ihres Sozialismus und ihr politisches System. Sie waren kein Vorbild, ihre Entwicklung wurde allenfalls vage als andere Variante gesellschaftlicher Modernisierung gesehen, wenn auch die - der Marxschen Geschichtsphilosophie entsprechende - Erwartung, daß der Kapitalismus durch eine sozialistische Ordnung abgelöst werde, in verblaßter Form noch nachwirkte. Konsequenz dieser vorrangig durch Distanz und Fremdheit geprägten Sicht war, daß die gravierenden Mängel dieser Systeme, nicht zuletzt ihr Zurückbleiben hinter der ökonomischen und technisch-zivilisatorischen Entwicklung des Westens,

¹ Zuerst erschienen in „Die Zeit“ vom 27. April 1990. Wieder abgedruckt in: Peter Schneider, Extreme Mittellage. Eine Reise durch das deutsche Nationalgefühl, Hamburg 1990, S. 54 - 78.

kaum diskutiert wurden und die Repressionspraxis, zumal sich diese seit den fünfziger Jahren unverkennbar abgeschwächt hatte, nur verhältnismäßig wenig Beachtung fand. So haben auch nur kleinere Teile der Linken Kontakt zu Oppositionsgruppen aufgenommen und sich für diese engagiert. Die kommunistischen Systeme waren - insgesamt gesehen - für die demokratische Linke eine eher fremde, teilweise zurückgebliebene Welt, von deren langfristiger „Zivilisierung“ man aber ausging.

Schwerwiegend ist insbesondere, daß es in der demokratischen Linken, von einzelnen Vertretern abgesehen, seit Jahren kaum eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und dem Spätstalinismus gegeben hat. Anders als in Frankreich rief der „Archipel Gulag“ in der Bundesrepublik keinen Schock hervor. Dies hängt wohl ursächlich mit der Fixierung auf die NS-Vergangenheit zusammen. So begründet es war, verhindern zu wollen, daß die Gegenwartsbedeutung der NS-Vergangenheit abgeschwächt und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus durch seine Gleichsetzung mit dem Kommunismus in einen Antikommunismus umgepolt wurde (mit der Konsequenz, bestimmte Aspekte des Nationalsozialismus und der anderen Faschismen auszublenden), so ist doch nicht zu verkennen, daß man dabei Gefahr lief, die inhumanen Schattenseiten des Leninismus und Staunismus und die menschenverachtende Praxis des „realen Sozialismus“ aus den Augen zu verlieren oder zu bagatellisieren.

Es ist verständlich, daß die demokratische Linke seit den sechziger Jahren den Anti-Kommunismus, der die restaurativen Tendenzen der fünfziger Jahre begünstigt hatte, zu überwinden suchte. Das „Anti“ zum Anti-Kommunismus wurde freilich selbst zunehmend verengt und teilweise dogmatisiert; der Antikommunismus fungierte partiell als Totschlag-Argument gegenüber aller Kritik am Kommunismus: So bedenklich, weil linke Politik ausgrenzend, auch der blinde Anti-Kommunismus der fünfziger Jahre war, so hätte dennoch die Auseinandersetzung mit ihm die Kritikfähigkeit gegenüber dem Kommunismus nicht beeinträchtigen dürfen. Dies gilt auch im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Radikalenerlaß, die psychologisch offensichtlich einer Kritik an der Repressionspraxis in der DDR entgegengewirkt hat.

Die Ostpolitik der Sozialdemokraten, die seit den sechziger Jahren von Willy Brandt, Egon Bahr und anderen entwickelt wurde, war der Versuch, durch eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West den Frieden sicherer zu machen und zu praktischen Regelungen und menschlichen Erleichterungen insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten zu gelangen. Ein nicht unwesentlicher Aspekt dieser Politik war auch der Abbau von Feindbildern, der einer der Bedingungsfaktoren für die Veränderungen in Osteuropa in den achtziger Jahren gewesen ist.

Die insgesamt gesehen sehr erfolgreiche Ostpolitik setzte ein kooperatives Verhältnis zu den politischen Führungsgruppen in der Sowjetunion und in den anderen osteuropäischen Ländern voraus. Dieser lange Zeit sinnvolle Politik-

ansatz, der auf eine Öffnung der politischen Systeme von oben her setzte, wurde in dem Moment zu eng, als gefördert durch den KSZE-Prozeß stärkere Reformbewegungen in diesen Ländern entstanden. Es mag mit einem traditionellen etatistisch-institutionellen Politikbegriff zusammenhängen, daß die Kooperation mit den Führungsgruppen nicht durch eine breitere Kommunikation mit den Reformbewegungen ergänzt wurde. Wenn in diesem Zusammenhang immer wieder das SED-SPD-Papier genannt wird, so ist dieses freilich nur bedingt als Beleg für diesen Politikansatz anzusehen. Zwar wurde es nur von kleinen Gremien diskutiert und vereinbart, zielte jedoch wie kaum ein anderes Papier auf die Schaffung von Freiräumen für oppositionelles Handeln in der DDR und hat zweifelsohne so auch gewirkt, mit der bekannten Folge, daß es faktisch von der SED-Führung verworfen wurde.

Insgesamt bleibt der Tatbestand, daß die Oppositions- und Reformbewegungen nicht durchgängig die politisch-moralische Unterstützung durch die demokratische Linke erfahren haben, die sie verdient gehabt hätten. Willy Brandt hat in seiner Abschiedsrede als SPD-Parteivorsitzender den Grundsatz vertreten: „Im Zweifel für die Freiheit“. Es ist zu fragen, ob die Praxis sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik in den achtziger Jahren diesem Grundsatz in der Politik gegenüber den osteuropäischen Gesellschaften immer voll entsprochen hat.

II.

Ein zweiter Problemkomplex, mit dem die westdeutsche demokratische Linke sich in den letzten Monaten schwergetan hat, ist das Verhältnis zu Nation und Europa, zu Patriotismus und Internationalismus.

Die demokratische Linke in der Bundesrepublik hat - wie die Linke in anderen westeuropäischen Ländern - keine transnationale europäische Strategie entwickelt. In der transnationalen Parteibildung ist sie bislang nicht vorgegangen. Nicht zu übersehen ist der Tatbestand, daß die demokratische Linke, die sich auf ihre internationalistischen Prinzipien viel zugute hält, in ihrer Praxis auch heute noch ganz überwiegend ein nationales Politikverständnis kultiviert.

Für die Haltung der Linken zur deutschen Frage war die Tatsache von Bedeutung, daß die Rechte immer wieder versucht hat, die deutsche Frage rhetorisch zu instrumentalisieren, was bei der Linken dazu führte, sie nur noch für Rhetorik zu halten. Zu Recht hat sich die Linke um eine Einbettung der deutschen Entwicklung in den europäischen Zusammenhang bemüht. Die Verteidigung der Zweistaatlichkeit durch Teile der politischen Linken und der linken Publizistik seit November 1989 war teilweise von hierher begründet. Offensichtlich spielte zudem die Hoffnung auf einen dritten Weg in der DDR eine zentrale Rolle — eine Hoffnung, die sich angesichts der Verhältnisse in der DDR sehr bald als unrealistisch erwies. Vor allem aber hat sich in dieser Position, in der die deutsche Teilung als notwendige und sinnvolle Konsequenz der

jüngsten Geschichte betrachtet wurde, ein historisch begründetes Mißtrauen gegenüber der deutschen Nation und ein mangelndes Zutrauen zur Demokratie in Westdeutschland und zur eigenen Stärke manifestiert.

Auch die Linke steht offenbar noch immer unter dem Trauma der NS-Zeit. „Europa“ war mithin häufig nur eine begriffliche Hülse, um der Größe „Nation“ beziehungsweise der nationalen Einheit ausweichen zu können. So wichtig die Erkenntnis ist, daß der traditionelle autonome Nationalstaat in (West-)Europa obsolet ist und auf der einen Seite Europa als Ganzes und auf der anderen Seite die Regionen an Bedeutung gewonnen haben, so unrealistisch ist es, Nationen als Kommunikations- und Handlungsebenen negieren zu wollen.

Von der Revolution in der DDR und ihrer Entwicklung ist die demokratische Linke überrascht worden. Außerordentlich kritisch haben Teile der Linken reagiert, als sich der Ruf „Wir sind das Volk“ in „Wir sind ein Volk“ wandelte und das Streben nach einer schnellen Vereinigung in der DDR dominant wurde. Dieses Streben wurde als nationalistisch oder gar als vom Rechts-Extremismus gesteuert denunziert. Der Wunsch, den Lebensstandard des Westens erreichen zu wollen, wurde vielfach außerordentlich kritisch, teilweise fast gehässig kommentiert. Dabei widersprach diese Tendenz den Traditionen der Arbeiterbewegung, in denen die Verbesserung des Lebensstandards von breiten Bevölkerungsschichten stets als wichtiges Anliegen begriffen wurde. Die Politik des Teilens als zentrales Anliegen der Arbeiterbewegung geriet in den Hintergrund, die Kritik der Linken artikuliert sich geradezu in Kategorien bildungsbürgerlicher Traditionen und war nicht selten von einer postmaterialistischen Wertorientierung beeinflusst, die materielles Wohlergehen voraussetzt. Zum Teil verschmolz sie gar mit der intellektualisierten Variante des bundesdeutschen Wohlstandschauvinismus; die früher oft geschmähte Bundesrepublik wurde nun nicht selten vehement verteidigt. Doch so legitim es ist, die demokratische Kultur - wie es Thomas Schmid getan hat² - gegen den Rückfall in bestimmte deutsche Traditionen verteidigen zu wollen, so muß die linke Publizistik doch darauf achten, die Realität der Bundesrepublik nicht zu verklären.

III.

Es gibt nach dem Gesagten für die demokratische Linke durchaus Grund, über die Ursachen für die teilweise verkürzte Wahrnehmung der Wirklichkeit des Kommunismus nachzudenken. Folgende Schlußfolgerungen bieten sich an:

1. Die demokratische Linke muß bewußter versuchen, ihr umfassendes Freiheitsverständnis in politische Praxis umzusetzen. So wenig die Menschen- und Bürgerrechte allein durch Proklamationen gesichert werden, so lassen sie

² Thomas Schmid, Die Invasion vom anderen deutschen Stern. Die Bundesrepublik wird besetzt, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 10/1990, S. 880 ff.

sich doch auch nicht nur durch diplomatisches Handeln realisieren. Die individuellen, politischen und sozialen Grundrechte müssen universell gelten.

2. Die demokratische Linke hat nach wie vor die Aufgabe, sozialen Ausgleich in Deutschland und in Europa, darüber hinaus auch im Hinblick auf die Dritte Welt, durchzusetzen. Dies hat eine Politik des Teilens in der nationalen und internationalen Politik zur Konsequenz.

3. Die demokratische Linke muß ein realistisches Verhältnis zur Nation als politisch-kulturellem Faktor gewinnen. Zugleich aber braucht sie nicht nur theoretisch-deklamatorisch, sondern auch praktisch ein transnationales Politikverständnis und eine europäische Strategie - sowohl im Hinblick auf Westais auch auf Gesamteuropa.

4. Die demokratische Linke muß sich an der Aufarbeitung des „Erbes“ des Stalinismus beteiligen. Gewiß darf dies die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit nicht relativieren. Eine Linke, die demokratisch-emanzipatorischen Ideen verpflichtet ist, wird gegen Unfreiheit - in welcher Gestalt auch immer - angehen müssen. Nur so kann sie glaubwürdig sein.